

## Dringlichkeitsantrag

nachgezogen zum Plenum Drs. 18/24401

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Maßnahmen zur (Versorgungs-)Sicherheit im Freistaat

Drs. 18/24401

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag sieht den Bund gefordert, auch bei Versorgungsengpässen die notwendigen Sicherungsstrukturen sicherzustellen. Der Freistaat trägt hier viel dazu bei. Hier ist insbesondere auf die Förderung der Gewinnung und Speicherung alternativer Energien - wie zum Beispiel das PV-Speicherprogramm oder das Förderprogramm zu Modernisierung der Wasserkraft - jenseits von fossilem Erdgas hinzuweisen. Es soll weiter auf den Bund eingewirkt werden, schnellstmöglich eine befristete Laufzeitverlängerung der drei noch am Netz befindlichen AKWs rechtssicher zu ermöglichen. Zusätzlich soll der Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien im Freistaat zusammen mit dem hierfür notwendigen Leitungsnetz weiter ambitioniert vorangetrieben werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der Arbeits- und Handlungsfähigkeit der Verwaltung sowie zum Schutz der Bevölkerung weiter voranzutreiben sowie notwendigen (Sicherheits-)Strukturen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter auf- und auszubauen und die Bürger vor Ort transparent und aktuell zu informieren. Seit dem Sommer bereiten sich die Behörden aller Verwaltungsebenen sowie die Kommunen auf mögliche Auswirkungen einer Energiekrise im Herbst und Winter 2022/2023 vor. Dies umfasst namentlich auch möglicherweise zu ergreifende Maßnahmen bei länger andauernden Stromausfällen. Bereits eingeleitete kommunale Maßnahmen sind weiter zu unterstützen.

#### Begründung:

Die aktuelle Staatsregierung hat mit dem „Bayerischen Aktionsprogramm Energie“ und der „Bayerischen Wasserstoffstrategie“ bereits frühzeitig wichtige Maßnahmen zur Gewährleistung

der Versorgungssicherheit auf den Weg gebracht. Eine sichere und nachhaltige Stromversorgung im europäischen Verbundnetz braucht den massiven Ausbau der Erzeugungskapazitäten von erneuerbaren Energien begleitet von einem bedarfsgerechten Ausbau des - auch grenzüberschreitenden - Stromnetzes. Um dies zu bewerkstelligen müssen die nationalen und europäischen Partner eng miteinander arbeiten und sollten Alleingänge vermeiden. Angesichts der aktuell angespannten Versorgungslage bei der Stromerzeugung erscheint ein übergangsweiser und klar befristeter Weiterbetrieb der drei noch in Betrieb befindlichen, sicheren deutschen AKWs notwendig.

Ein großflächiger langanhaltender Stromausfall ("Blackout") ist mit erheblichen Gefahren für das Leben und die Gesundheit einer Vielzahl von Menschen oder bedeutende Sachwerte verbunden (vgl. Art. 1 Abs. 2 Bayerisches Katastrophenschutzgesetz).

Bei einem langanhaltenden Stromausfall ist in erster Linie von Bedeutung, dass der Bevölkerung wohnortnah eine Anlaufstelle zur Verfügung steht, um etwa die Kommunikation im Krisenfall sicherzustellen (sog. "Leuchttürme"). Dazu gehört beispielsweise das Absetzen von Notrufen sowie eine fortwährende Information über die Krisenlage, ggf. aber auch eine Notversorgung mit Lebensmitteln und ggf. auch Medikamenten, das Aufladen von lebenswichtigen akkubetriebenen Alltagsgegenständen wie etwa ambulanten Beatmungsgeräten etc.

Dies kann nur vor Ort, idealerweise in jeder Gemeinde bzw. jedem Ortsteil geleistet werden. Hierbei muss der Freistaat die Kommunen unterstützen.